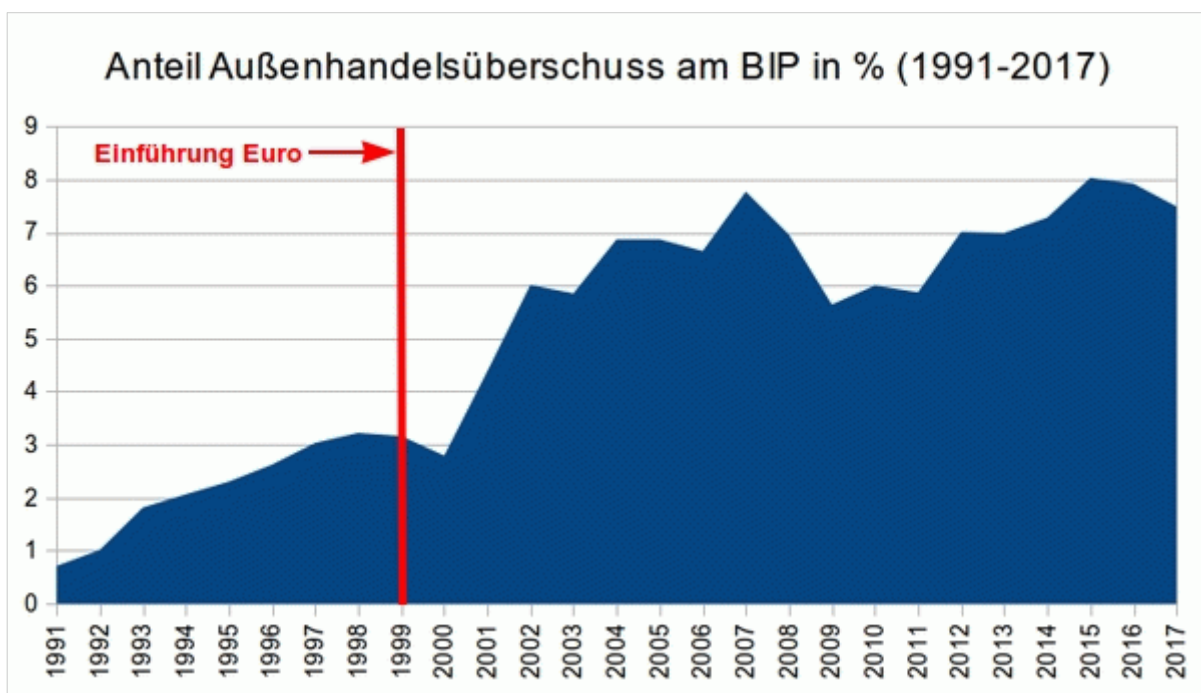


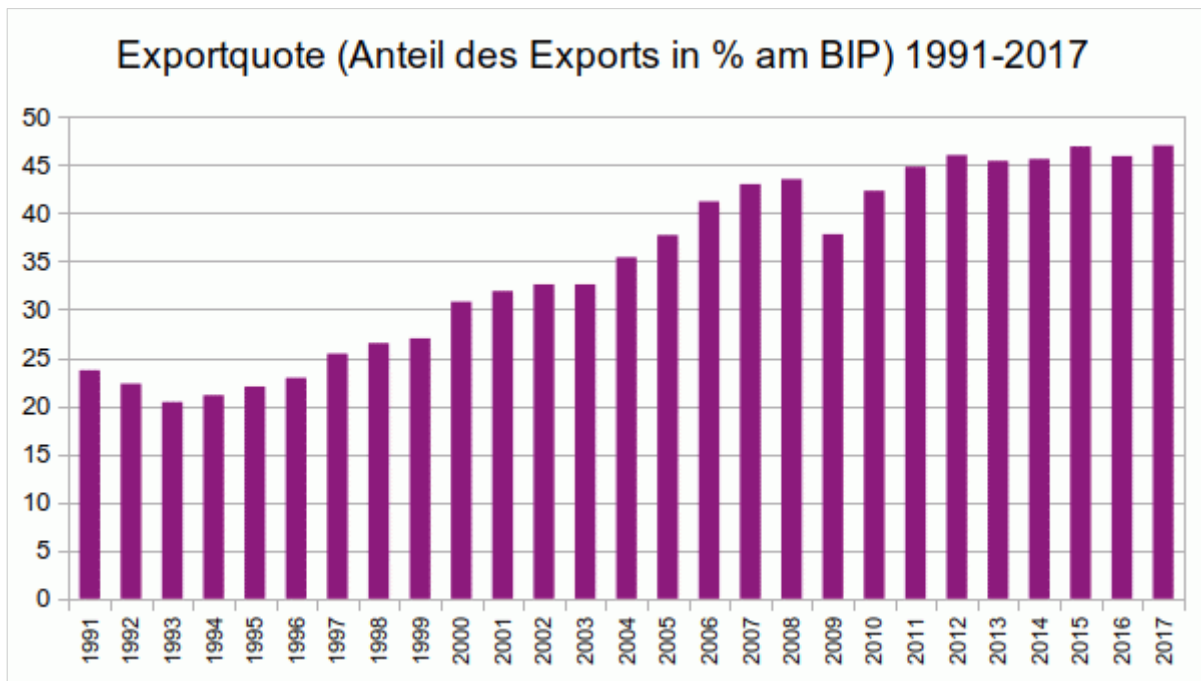
14. Januar 2019, von Michael Schöfer Was die AfD plant, ist ökonomischer Harakiri

Es ist natürlich legitim, wenn die AfD fordert, Deutschland solle aus der EU austreten, sofern sich diese nicht "in angemessener Zeit" reformiere. Reformieren im Sinne der AfD, versteht sich. Ob der "Dexit" auch vernünftig ist, steht auf einem anderen Blatt. Die AfD setzt auf eine forcierte Renationalisierung, einen Bundesstaat nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika lehnen die Rechten ab. Dass die AfD für ein Parlament kandidiert, das sie ausdrücklich abzuschaffen gedenkt, ist aus ihrer Sicht nur konsequent - von innen lässt sich die EU leichter angreifen als von außen. Gewissermaßen die rechte Version des Marschs durch die Institutionen.

Kein Land hat - volkswirtschaftlich betrachtet - so von der Einführung des Euro profitiert wie Deutschland, der Anteil des Außenhandelsüberschusses am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist nach Einführung der Gemeinschaftswährung geradezu explodiert.



Man mag die extreme Exportorientierung Deutschlands beklagen, aber es ist eben ein Faktum, dass 2017 der Anteil des Exports am Bruttoinlandsprodukt bei 47 Prozent lag.



Was hätte der Austritt Deutschlands aus der EU und die zwangsläufig damit verbundene Wiedereinführung der D-Mark für Folgen? (Ohne Mitgliedschaft in der EU kein Euro!) 58,6 Prozent der deutschen Exporte gingen im Jahr 2017 in die Europäische Union, die würden natürlich durch das Errichten von Zollschranken deutlich schrumpfen. Von der Störung der Wertschöpfungsketten, die Briten werden nach einem unregelmäßigem Brexit gewiss viel darüber berichten, ganz zu schweigen. Zudem müsste die D-Mark drastisch aufwerten, was unsere Produkte auf dem Weltmarkt mit einem Schlag erheblich verteuert. Dementsprechend wächst der Druck auf die Löhne der Arbeitnehmer (Stichwort Wettbewerbsfähigkeit), wahrscheinlich käme es zu spürbaren Reallohnverlusten.

Wer daher glaubt, eine Renationalisierung hätte angesichts der hochgradig vernetzten Weltwirtschaft keine einschneidenden Auswirkungen, ist bestenfalls naiv. Die gegenseitigen Abhängigkeiten der Volkswirtschaften sind in den letzten Jahrzehnten so stark gewachsen, für eine Exportnation wie Deutschland käme das abrupte Lösen dieser Verbindungen einem ökonomischen Harakiri gleich. Der Weg, den die AfD einschlägt, ist ökonomisch unvernünftig und würde gerade für die ohnehin unter Druck stehende Mittelschicht negative Konsequenzen haben. Es wäre töricht, diesen Kurs auch noch mit Wahlstimmen zu unterstützen.